

V o r l a g e für die Leitung des Ministeriums

Abteilung 2

Berlin, 12. 8. 1990

Unterabteilungs-
leiter: Herr Grünwald

Referats-
leiter: Herr Vollert

Mitwirkung:

Abteilung 5 Herr Dr. Beutner
Herr Dr. Gerstenberg

Abteilung 1 Herr Roth

Herrn Minister Dr. Pollack

Durchschrift an

Herrn Staatssekretär
Prof. Dr. Kauffold

Herrn Staatssekretär
Dr. Schwarze

Herrn Staatssekretär
Heinemann

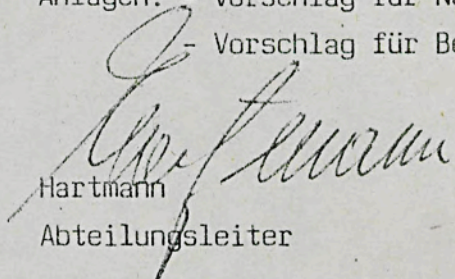
mit der Bitte um Zustimmung

Betreff: Einschätzung der Ergebnisse Juli
mit Schlußfolgerungen

Bezug: Festlegung Dienstbesprechung 6.8.90

Anlagen: - Vorschlag für Nachtragshaushalt II/90

- Vorschlag für Behandlung Altkredite


Hartmann

Abteilungsleiter

Abteilung 2
Abteilung 1
Abteilung 5

E i n s c h ä t z u n g

zur Entwicklung der finanziellen Lage der Landwirtschaft im
Juli / Anfang August 1990 und Schlußfolgerungen für die
weitere Arbeit

=====

I. Einschätzung

Vorliegende Meldungen der Bezirksverwaltungsbehörden sowie Auswertungen der Markt- und Preisberichterstattungen für den Monat Juli bestätigen die erneute Zuspitzung der ökonomischen Lage in der Landwirtschaft nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. 7. 1990.

Rückgang des Absatzes

Im Vergleich zu Juli 1989 entwickelte sich der Absatz bei den durch Meldungen erfaßten Haupterzeugnissen trotz gleichen oder höheren Produktionspotentials wie folgt:

		Absatz 1.7. bis 31.7.		
		1989	1990	%
Schlachtschwein	kt	136,6	92,5	67,7
Schlachtrind	kt	59,2	34,5	58,3
Schlachtgeflügel	kt	19,5	20,4	104,8
Rohmilch	kt	710,4	692,2	97,4
Hühnereier	Mio Stück	446,5	95,7	21,4
Getreide	kt	1.655,0	1.297,5	78,3
Ölfrüchte	kt	321,1	.	.

Quelle: Meldung der Bezirksverwaltungsbehörden

Die durch den verminderten Absatz bewirkten Erlösausfälle belaufen sich bei Unterstellung des im Juli in der BRD erzielten Preisniveaus auf

390 Mio DM

Preisverfall durch Marktstörungen

Die im Juli erzielten durchschnittlichen Erzeugerpreise lagen zum Teil erheblich unter denen in der BRD

		durchschnittliche Erzeugerpreise Juli 1990		
		BRD	DDR	%
Schlachtschwein	DM/t	2.785	2.000	71,8
Schlachtrind	DM/t	3.307	2.768	83,7
Schlachtgeflügel	DM/t	1.650	1.670	101,2
Rohmilch	DM/t	605	545	90,1
Hühnereier	DM/1000 St.	160	190	118,8
Getreide	DM/t	325	300	92,3
Ölfrüchte	DM/t	835	630 ¹⁾	75,4

¹⁾(Preisabschlag)

Quelle: ZMP, MP-Ost

Die Erlösausfälle infolge der niedrigeren Preise bezogen auf die tatsächlich abgesetzten Mengen belaufen sich auf

230 Mio DM

Abgesetzte Mengen nicht bezahlt

Infolge des Absatzrückganges bei verarbeiteten Erzeugnissen, nicht ausreichender Liquidität der Verarbeitungsbetriebe und verlängerter Zahlungszeiten wurde ein Teil der im Juli abgesetzten Erzeugnisse durch die Verarbeitungsbetriebe nicht bezahlt.

Das betrifft im besonderen Milch, wo bisher übliche Abschlagszahlungen durch die Molkereien nicht erfolgten und zum Teil Forderungen der Landwirtschaft aus Milchlieferungen des Monats Juni noch nicht beglichen sind.

Nach den Meldungen der Bezirksverwaltungsbehörden wurden folgende Lieferungen bis 31. 7. 1990 nicht bezahlt:

Schlachtschwein	16,2	kt
Schlachtrind	7,1	kt
Schlachtgeflügel	6,5	kt
Rohmilch	387,2	kt
Getreide	296,6	kt
Ölfrüchte	54,4	kt

Dadurch sind Erlöse nicht geflossen in einem Umfang von

400 Mio DM

(Informationen aus Betrieben lassen die Vermutung zu, daß die ausstehenden Zahlungen weit höher sind.)

Ausfälle auch bei anderen Erzeugnissen und Leistungen

Die durch Meldungen erfaßten, vorstehend genannten Haupterzeugnisse umfassen ca. 70 % des Gesamtvolumens der Produktion und Leistungen.

Auch bei den übrigen Erzeugnissen insbesondere Kartoffeln, Gemüse und Obst und sonstigen Leistungen der Landwirtschaft sind erhebliche Absatzstörungen, Preisminderungen sowie unbeglichene Forderungen eingetreten.

Bei Unterstellung gleicher Relationen wie bei den Haupterzeugnissen ergeben sich daraus weitere Erlösminderungen von

400 Mio DM.

In der Summe ergeben sich damit für die Landwirtschaft im Monat Juli Erlösausfälle von ca. 1,4 Mrd. DM. .

Das sind über 50 % der für Juli vorausgerechneten Erlöse von 2,7 Mrd. DM.

Von den Erlösausfällen sind mindestens 0,5 Mrd. DM als unwiederbringliche Verluste anzusehen (Preisverfall, nicht vermarktete Mengen an Milch, Kartoffeln, Gemüse u. a., nicht realisierte sonstige Leistungen).

Anhaltende Störungen im August

Die bisher durchgeführten Maßnahmen insbesondere auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 18. 7. 1990 zeigen noch keine durchgreifende Wirkung hinsichtlich der Stabilisierung des Marktes und der Preise:

- Die begonnenen Interventionen bei Getreide, Butter und Magermilchpulver bewirken eine deutliche Entspannung. Sie stoßen aber auf Qualitätsprobleme und sichern nur Preise, die unter den Vorkalkulationen liegen.
- Die Liberalisierung des Handels mit der BRD/EG ab 1. 8. 90 eröffnet zusätzliche Absatzmöglichkeiten, die zunehmend genutzt werden. Das wird aber zugleich insbesondere im Handel mit Getreide und Vieh für ein extremes Drücken der Preise gegen die Landwirtschaft ausgenutzt. Andererseits nimmt der Zufluß von Verarbeitungsprodukten zu, so daß der Absatz einheimischer Erzeugnisse auf dem Markt weiter begrenzt ist.
- Keine Lösung gibt es für den Absatz überschüssiger Mengen an Rindfleisch (Kühe) sowie bei Schafen und Färsen. Exportausschreibungen brachten bislang nur geringe Ergebnisse. Fehlende Möglichkeiten für Kuhschlachtungen gefährden die notwendige Rückführung der Milchprodukte. Eine kritische Situation zeichnet sich im Hinblick auf den Weideabtrieb ab. Entscheidungen zur Intervention bei Rindfleisch scheinen deshalb unumgänglich.
- Die beginnende Hauptsaison der Ernte bei Kartoffeln, Gemüse, Obst, Saat- und Pflanzgut läßt weitere schwerwiegende Absatzprobleme bei diesen Erzeugnissen erwarten.
- Die Zahlungsschwierigkeiten der Verarbeitungsbetriebe halten auf Grund fehlenden Absatzes, begrenzter Kreditmöglichkeiten und generell unzureichender Effektivität in vielen Betrieben an.

Diese Faktoren haben in der 1. Dekade des Monats August zu anhaltenden Absatzstockungen und tendenziell weiter sinkenden Preisen geführt. Eine schnelle Veränderung der Lage und damit Aufholung der im Juli entstandenen Erlösausfälle ist noch nicht abzusehen.

Liquidität nicht gesichert

Vorstehende Entwicklungen führten im Monat Juli und bisher August zu einer Verschärfung der ohnehin durch den Preisbruch per 1. 7. 1990 hervorgerufenen Liquiditätsprobleme.

Die Anfang Juli zur Milderung des Preisbruches bereitgestellten 500 Mio DM Kredit (im Vorgriff auf Anpassungshilfen aus dem Haushalt), sowie die weiteren 300 Mio DM Anpassungshilfen, die auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 18. 7. 1990 bereitgestellt wurden, reichten trotz vorübergehender Aussetzung von Kredittilgungen und Zinsbeiträgen in der überwiegenden Mehrheit der Betriebe nicht aus, um diese Probleme zu lösen.

Die Betriebsabläufe wurden gestört.

Die Prozesse der Umstrukturierung und geordneten Anpassung an die Marktbedingungen sind ins Stocken geraten. Untersuchungen in 50 Betrieben zeigen u. a. folgende typischen Situationen und Reaktionen:

- Verzicht auf den Zukauf notwendiger Betriebsmittel (Düngemittel, Saatgut, Futtermittel etc.) sowie auf Leistungen von Kooperationspartnern (ACZ) bzw. Rückstellung deren Bezahlung.
- Raschere Senkung der Personalkosten durch Entlassungen und Kurzarbeit.
- Reduzierung oder zeitweilige Aussetzung von Vergütungszahlungen.
- Aussetzung jeglicher Abschreibungen und Verzicht auf Investitionen.
- Einsatz von Guthaben (soweit vorhanden). Der Bestand an Guthaben der Genossenschaften ist allein im Juli um 25 % gesunken.

Durch diese im Grunde überwiegend richtigen und im Rahmen der Anpassung notwendigen Maßnahmen können jedoch Erlösausfälle in dem im Juli entstandenen Ausmaß nur kurzzeitig überbrückt werden.

Zu beachten ist dabei, daß bereits unter den angestrebten Bedingungen der gleichpreisigkeit und Absatzsicherung für das II. Halbjahr 1990 2,3 Mrd. DM Anpassungsbeihilfen aus dem Staatshaushalt zur Überbrückung des Preisbruches darunter 0,5 Mrd. DM für Juli vorgesehen waren.

Das MELF hielt dieses Volumen auch bei Gleichpreisigkeit nicht für ausreichend für eine geordnete, sozial abgefederte Anpassung an die Marktwirtschaft.

Der Erlösausfall von 1,4 Mrd. DM im Juli bei gleichzeitig

zusätzlichen Kosten (längere Haltung von Schlachttierbeständen, Zinsen für Liquiditätskredite) kommt nunmehr hinzu. Da die Anpassungshilfen im Juli nur um 300 Mio DM aufgestockt werden konnten, mußten die Betriebe allein im Juli zusätzliche Belastungen von über 1,1 Mrd. DM hinnehmen.

Unter diesen Bedingungen und angesichts der noch nicht absehbaren Stabilisierung ist für viele Betriebe dauernde Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung nach Vorliegen der DM-Eröffnungsbilanz und wieder-einsetzender Kredittilgungen und Zinszahlungen absehbar.

Das führt bereits jetzt zu Auflösungen von Genossenschaften bzw. zu Anträgen auf Durchführung von Konkursverfahren, ohne daß Vorstellungen und Grundlagen für die nachfolgende Bewirtschaftung bestehen. Das betrifft auch leistungs- und sanierungsfähige Betriebe, die auf diese Weise Vermögenswerte im Interesse ihrer Mitglieder zu retten versuchen.

II. Schlußfolgerungen

Die eingetretene Lage erfordert, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die neben dem Ausgleich entstandener Verluste zu richten sind auf:

- die weitere Stabilisierung des Marktes und der Preise,
- die noch wirksamere und schnellere Förderung des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses in sanierungsfähigen Genossenschaften und Betrieben,
- die Unterstützung der Nachfolgebewirtschaftung durch Neugründungen von bäuerlichen und anderen Betrieben bzw. Unternehmen im Falle der Auflösung oder des Konkurses von Genossenschaften.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen erscheint der Einsatz zusätzlicher Mittel aus dem Staatshaushalt im Rahmen eines Nachtragshaushaltes sowie über spezielle Kreditprogramme unerlässlich.

Es wird vorgeschlagen:

1. Zur Stabilisierung des Absatzes und der Preise sind alle bisher festgelegten Maßnahmen (Intervention, Export, private Lagerhaltung etc.) konsequent durchzuführen.

Darüberhinaus werden folgende zeitweilige Sondermaßnahmen für erforderlich gehalten:

- Maßnahmen zur Marktordnung bei Kartoffeln durch Gewährung von Beihilfen für die Verfütterung und Verarbeitung, Exporterstattungen, Erweiterung der Extensivierung (Ernteverzicht)
- Gewährung von Beihilfen für die Verarbeitung von Gemüse und Obst
- Einordnung von Erstattungen für den Export von Zuchtfärsen, Butter, Käse, Geflügelfleisch, Eier, Läufer
- Prüfung der Intervention bei Rindfleisch für den Fall, daß kurzfristig keine ausreichenden Exporte gesichert werden können.

Es sind Vorkehrungen zu treffen, daß die entschiedenen Exporterstattungen bei Schwein auch tatsächlich erzeugerpreisstabilisierend wirksam werden.

- Unter - Preis - Verkäufen ist u. a. durch Verdichtung der operativen Markt- und Preisberichte entgegenzuwirken.

Verantwortlich: Abteilung 4
 Abteilung 3
 Abteilung 2
 Abteilung 1

2. Zur Stabilisierung der Liquiditätslage im August und September in der Landwirtschaft sind für das IV. Quartal 1990 geplante Anpassungshilfen aus dem Staatshaushalt vorzuziehen.

Es sollten bereitgestellt werden

- * im August weitere 500 Mio DM zusätzlich zu den 400 Mio DM laut Beschluß vom 18.7.1990 (die Rückerstattung der im Juli ausgereichten Liquiditätskredite verschiebt sich damit auf September)
- * im September die restlichen 600 Mio DM zuzüglich zur Rückerstattung der Liquiditätskredite von Juli

Die Bereitstellung der Mittel ist beim Minister der Finanzen unverzüglich zu beantragen.

Die Ausreichung der Mittel über die Bezirks- und Kreisverwaltungsbehörden ist nur an solche Genossenschaften und Betriebe vorzunehmen, die ein tragfähiges Anpassungs- und Sanierungskonzept vorlegen.

Verantwortlich: Abteilung 1
 Abteilung 5

3. Für das II. Halbjahr 1990 ist entsprechend der entstandenen Lage ein Nachtragshaushalt in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu erarbeiten und dem Ministerium der Finanzen vorzulegen.

1)

Ein erster Entwurf mit einem Gesamtvolumen von 3.401,1 Mio DM ist in der Anlage 1 beigelegt.

1) ohne Altlasten in Höhe von 252 Mio DM

Schwerpunkte sind zusätzliche bzw. Aufstockungen der geplanten Mittel für:

- gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur (Extensivierung, einzelbetriebliche Förderung u. a.)
- Unterstützung der notwendigen Rückführung der Kuh- und Färsenbestände und damit der Milchproduktion
- Anpassungs- und Überbrückungshilfen für sanierungsfähige Unternehmen für das IV. Quartal 1990 (0,5 Mrd DM pro Monat = 1,5 Mrd DM)
- Anpassungshilfen für Staatsgüter bis zu deren Überführung in Länder- bzw. Kommunaleigentum oder Privatisierung
- Marktordnungsmaßnahmen entsprechend Punkt 1

In den Nachtragshaushalt sind zugleich nach strengsten Maßstäben die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die Bereiche Forstwirtschaft, Fischwirtschaft u. a. Maßnahmen aufzunehmen.

Verantwortlich: Abteilung 1

im Zusammenwirken mit Abteilung 2 bis 7

4. Ein dringendes Erfordernis ist die Klärung der Behandlung von Krediten, die in Genossenschaften bis zum 30.6.1990 durch Reglementierung im Rahmen der verfehlten Agrar- und Finanzpolitik entstanden sind.

Dies betrifft insbesondere

- Grundmittelkredite für nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzungsfähige Inventarobjekte (industriemäßige Anlagen, großflächige Beregnungsanlagen, Braunkohleheizhäuser, Gewächshäuser, Kartoffellagerhäuser u. a.)
- Grund- und Umlaufmittelkredite in Genossenschaften, die damit hoch belastet sind

Diese Kredite führen mit der DM-Eröffnungsbilanz und dem Wiedereinsetzen der Tilgung und Zinszahlung trotz ihrer Abwertung im Verhältnis 2 : 1 zu Überschuldungen. Sie blockieren zudem den Prozeß der Entflechtung und Umstrukturierung.

Es wird deshalb vorgeschlagen, für einen Zeitraum von zunächst 5 Jahren nach detailliert festzulegenden Kriterien Tilgungen und Zinsleistungen für solche Kredite auszusetzen. Gegenüber der Genossenschaftsbank sollte eine Erstattung aus dem Haushalt (oder aus dem Treuhandvermögen) erfolgen.

Anlage 2 enthält einen entsprechenden Vorschlag. Auf dieser Grundlage sollten die weiteren Verhandlungen mit dem Mdf geführt werden.

Verantwortlich: Abteilung 2
Abteilung 1

5. Gleichzeitig mit der Erarbeitung des Nachtragshaushaltes für das II. Halbjahr 1990 sind die bisherigen Ansätze für den Agrarhaushalt 1991 zu überprüfen und Vorschläge für die Aufstockung bisher geplanter Mittel bzw. die Einordnung zusätzlicher Mittel und Positionen zu erarbeiten. Einen ersten Vorschlag enthält hierzu Anlage 1.

Verantwortlich: Abteilung 1
im Zusammenwirken mit Abteilung 2 bis 7

6. Es ist ein umfassender Vorschlag für die Gestaltung des Sozialsystems in der Landwirtschaft ab 1.1.1991 einschließlich der dafür erforderlichen Mittel in Anlehnung an das in der Bundesrepublik Deutschland bewährte System zu erarbeiten und vorzulegen.

Verantwortlich: Abteilung 5

7. Zur Verbesserung der Information über die Markt- und Preisentwicklung sowie die Ertragslage in den Betrieben der Landwirtschaft sind:

- die vorbereiteten vorläufigen Meldeordnungen unverzüglich in Kraft zu setzen
- ein System repräsentativer Betriebserhebungen zu schaffen
- die operative Markt- und Preisberichterstattung durch die MP Ost weiter zu qualifizieren

Verantwortlich: Abteilung 2

Vorschläge für einen Nachtrag zum Agrarhaushalt für das II. Halbjahr 1990

Die Ausgaben des Agrarhaushaltes für das II. Halbjahr 1990 betragen unter Berücksichtigung der durch die Volkskammer beschlossenen 6,9 %igen Sperrung für Maßnahmen im

Einzelplan 10 MELF	4.520,5 Mio DM
örtl. Haushalt	525,4 Mio DM
	<hr/>
insgesamt	5.045,9 Mio DM =====

Ausgehend von der bisherigen und sich für den weiteren Verlauf des II. Halbjahres 1990 abzeichnenden Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft ist bei folgenden Positionen des Haushaltes mit einem höheren Mittelbedarf zu rechnen, der Bestandteil eines Nachtragshaushaltes werden sollte:

- Mio DM -

	präzisierte Haushalts- plan 1990	Erhöhung um	eingeschätzte Haushalts- rahmen	Entw. 1991 Erhöhung um
1. Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur, umweltverträgliche Landwirtschaft, Vorruhestand lt. Anlage 1 (Pos. 1 - 4)	285,0	491,0	2.152,0	1.124,0
2. Anpassungshilfen lt. Anlage 1 (Pos. 5)	2.145,0	1.500,0	2.400,0	1.100,0
3. Marktordnungskosten lt. Anlage 2	1.507,0	959,0	2.228,0	1.300,0
4. Staatsbetriebe Landwirtschaft lt. Anlage 3	140,0	150,0	200,0	400,0
5. Fischwirtschaft	119,0	9,0	300,0	108,0
6. Staatsbetriebe Forstwirtschaft lt. Anlage 4	275,0	236,0	550,0	331,0
7. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:				
. landwirtschaftl. Vorfluter	49,0	26,0	120,0	140,0
. Abbruch begonnener wasserwirt. und kulturbautechnischer Vorhaben, insbes. Bewässerungsvorhaben	-	20,0	-	-

8. Veterinärwesen:				
. Anschubfinanzierung Tierseuchenkasse	-	10,0	-	-
9. Maßnahmen der Pflanzen- und Tierproduktion				
. zentrale Vatertieraufzucht- station	-	-	-	0,86
. Leistungsprüfung, Qualitäts- sicherung in Einrichtungen der Landesverbände	-	-	-	1,40
. Genreserven	-	-	-	1,60
. Aufbau der Saatgutprüf- stellen in den Ländern	-	-	-	1,50
. Vorfinanzierung des 1991 staatfindenden Kongresses der Europäischen Vereinigung für Tierproduktion	-	0,06	-	0,21
10. Altlasten (Variante II der Anlage ...)	-	252,0	-	505,0
Erhöhungen gesamt	-	3.653,1	-	5.013,6
=====				

Anlage I/1

	1990		1991	
	Plan	gekürzt	Vorschlag	Vorschlag
			Plan	Vorschlag
1. Verbesserung der Agrar- und Marktstruktur				
1.1. Stilllegung von Ackerflächen	0	0	180	360
Extensivierung Pflanzen- und Tierproduktion	72	41	91	150
Rodung von Apfelplantagen	0	0	42	42
Verringerung der Milchproduktion	0	0	175	175
Mutterkuhhaltungsprämie	4	4	8,5	10
Schlachtprämie für Milchkühe und Färsen	0	0	0	330
1.1. Zwischensumme:	76	45	496,5	1.067
1.2. Wiedererrichtung Fam. Betriebe, Haupterwerb	30	26	315	340
Modernisierung Fam. Betriebe, Haupterwerb	20	15	40	40
Neugründung Fam. Betriebe, Nebenerwerb	10	5	20	20
Starthilfe, Umstrukturierung, juristische Personen	25	20	200	300
1.2. Zwischensumme:	85	66	575	700
1.3. Ländlicher Wohnungsbau	25	5	150	150
1.4. Flurbereinigung	8	8	40,1	60
1.5. Dorferneuerung	50	40	100	120
1.6. Agrarstrukturelle Vorplanung	0,2	0,2	0,4	2

	1990		1991	
	Plan	gekürzt	Vorschlag	Plan Vorschlag
1.7. Marktstrukturverbesserung	30	30	35	110
1.8. Marktorganisation (Erzeugergenossenschaften)	0	0	3	0
1.9. Unternehmensberatung	0	0	2	0
1.10. Erstauforstung	20	10	10	30
Neuartige Waldschäden	1	1	1	10
1.10. Zwischensumme:	21	11	11	40
2. <u>Umweltverträgliche Landwirtschaft</u>				
Bodenuntersuchungen, kontaminierte Flächen	5	5	5	10
Landschaftspflege auf nicht genutzten Grünland	0	0	0	10
Energieträgersubstitution u. -einsparung	10	10	10	70
Ausbringung von Dünger	5	5	5	25
Ausbringung von PSM	10	5	10	30
Ausgleichsleistungen in TWS, LSG, NSG	10	10	10	30
Anpflanzung von Gehölzen	10	5	10	30
2. Zwischensumme:	50	40	50	205
				400

Anlage 1/I
Blatt 3

	1990	1991
	Plan gekürzt	Plan Vorschlag
	Vorschlag	Vorschlag
3. <u>Steuerrückerstattungen oder -ermäßigungen</u>		
- Gasölverbilligung	0	245
4. <u>Agrarsoziale Maßnahmen</u>		
Vorruhestand	40	190
Strukturförderung (Summe 1-4)	385	2152
5. <u>Anpassungs- u. Überbrückungshilfen</u>		
- Standortbezogene Zuschläge	200	400
- Verursachungsprinzip	800	1000
- Bedürftigkeitsprinzip	1200	1000
Insgesamt:	2585	4552
		6776

Marktordnungskosten

1. Rind- und Schweinefleisch

Für die private Lagerhaltung
und die Ausfuhr von Rind und Schwein

Erstattung Rind	+	127,8 Mio DM
Erstattung Schwein	+	55,1 Mio DM
Beihilfen	+	94,5 Mio DM
Lagerkosten	./.	42,2 Mio DM
Zinsen	./.	16,2 Mio DM
	+	<u>219,0 Mio DM</u>
		=====

2. Obst und Gemüse

- Beihilfen für Tabak	17,0 Mio DM
- Beihilfen Verarbeitungs- industrie	134,9 Mio DM
- Ausfuhrerstattungen Saat- und Pflanzgut	59,9 Mio DM
- Erstattungen für den Export von 800 kt Speise- und Pflanzkar- toffeln	32,0 Mio DM
- Beihilfen für die Ver- fütterung von 2000kt Kartoffeln (30,-DM/t)	60,0 Mio DM
- Beihilfen für den Ein- satz von Kartoffeln zur Herstellung von Ver- edlungsprodukten (200 kt a 5,- M/t)	<u>10,0 Mio DM</u>
	313,8 Mio DM
	=====

3. Hopfen

Beihilfe für die Landwirt- schaft	2,1 Mio DM
	=====

4. Zuchtfärsen

7000 Stck. Ausfuhrerstattung entsprechend Abstimmung mit BML	10,0 Mio DM
	=====

5. Butter

Verkauf von 40 kt Butter
 x 5.288,- DM/t = 212,0 Mio DM Ausfuhr-
 erstattung

6. Getreide

600 kt Export in Drittländer
 x 179,23 Erstattung = 107,5 Mio DM
 x 40,- Transporthilfe = 24,0 Mio DM
 131,5 Mio DM
 =====

7. EG- Ausfuhrerstattungen für Käse, Geflügelfleisch, Eier, Läufer, die bisher nicht eingeordnet waren

ca. 70,0 Mio DM
 =====

Insgesamt erforderliche Er-
 höhung der Marktordnungs-
 kosten 959,0 Mio DM
 =====

II. Eingeschätzter Mehrbedarf an Marktordnungskosten 1991 gegenüber Haushaltsrahmen auf Grund der 1990 nicht vorgenommenen Abwertungen

1,3 Mrd. DM
 =====

F o r s t w i r t s c h a f t

1. II. Halbjahr 1990

- Durch Minderung der Absatzmöglichkeiten bei Rohholz in Höhe von 1,8 Mio m³ entsteht ein Einnahmeausfall von 120,- Mio DM
- Preisverfall bei den restlichen 2,5 Mio m³ Rohholz bis zu 50 %, dadurch Einnahme-Minderung 116,- Mio DM
- Insgesamt: 236,- Mio DM)
=====

2. 1 9 9 1

- Minderung der Absatzmöglichkeiten bei Rohholz gegenüber ursprünglich 8,6 Mio m³ um 2,6 Mio m³; dadurch Erlösausfall von 65,- Mio DM
- Preisverfall bei den restlichen 6,0 Mio m³ Rohholz um 46,4 DM/m³; dadurch Einnahme-Minderung 266,- Mio DM
- Insgesamt: 331,- Mio DM
=====

1) ohne geforderte Lohnerhöhungen um 100 Mio DM

Kredite in Genossenschaften der Landwirtschaft und Vorschläge zur Entlastung

In Verbindung mit der Umstellung der DDR-Landwirtschaft auf die Marktwirtschaft treten die Probleme der Belastung der Betriebe mit Alt-krediten stärker hervor.

Der Kreditumfang in den Genossenschaften der Landwirtschaft per 01. 07. 1990 beträgt:

gesamt	7.658 Mio DM
dar.:	
. langfristige Grundmittelkredite	4.226 Mio DM
. kurzfristige Umlaufmittelkredite	3.432 Mio DM

Die durchschnittliche Belastung in Höhe von 1.424 DM je ha ist damit sehr gering zumal zugleich ein durchschnittlicher Bestand an Geldfond (Guthaben) von 4.321 Mio DM = 803 DM je ha in den Genossenschaften vorhanden war.

Die Probleme liegen in folgenden 2 Faktoren:

1. Die Verteilung der Kredite ist außerordentlich unterschiedlich (Stand 31. 12. 1989):

Anteil Kredit zu Nettowert der Grundmittel bzw. Bestand Umlaufmittel	Grundmittelkredit		Umlaufmittelkredit	
	Anzahl der Betriebe ¹⁾	%	Anzahl der Betriebe ¹⁾	%
ohne	1.469	34,9	2.517	59,9
0 - 20 %	1.384	32,9	1.051	25,0
20 - 40 %	943	22,4	472	11,2
40 - 60 %	343	8,2	146	3,5
60 %	65	1,6	18	0,4
	4.202	100,0	4.204	100,0

¹⁾ Genossenschaften der Landwirtschaft ohne ACZ

Quelle: Analyse JAB 89 Hochschule Bernburg

Gefährdungen bestehen vor allem bei den 408 Betrieben mit über 40 % Kredit des Nettowertes der Grundmittel sowie den 164 Betrieben mit über 40 % Umlaufmittelkreditierung.

In diesen Fällen ist mit Vorliegen der DM-Eröffnungsbilanz eine Überschuldung - auf jeden Fall Überschreitung der Kapitaldienstgrenze - zu erwarten.

Im Falle des zu erwartenden Konkurses wäre eine Abfindung der Gläubiger (Bank) nicht möglich, da eine Haftung der Genossenschaftsmitglieder auszuschließen ist.

2. Ein Teil der Grundmittelkredite wurde den Betrieben administrativ in Inventarobjekte aufgezwungen, die unter den neuen Bedingungen nicht mehr oder nur eingeschränkt verwertungsfähig sind. Das betrifft u. a.:

- Großanlagen der Tierproduktion
- Gewächshausanlagen
- großflächige Meliorationssysteme, insbesondere Beregnung
- Braunkohleheizhäuser
- Wirtschaftsstraßen
- Kartoffellagerhäuser

Die Betriebe sind nicht bereit und in der Lage, für diese Kredite zu haften und sie zu tilgen.

Fehlende Entscheidungen hierzu blockieren gegenwärtig den Prozeß der Entflechtung der Betriebe.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die Kredite entsprechend Punkt 1 und 2:

- in einer einmaligen Aktion zu streichen (Variante I) oder
- ihre Tilgung und Zinszahlungen für einen Zeitraum von zunächst 5 Jahren für die Betriebe auszusetzen (Variante II). Die Tilgung und Verzinsung gegenüber der Bank wäre dann jeweils aus Mitteln des Staatshaushaltes vorzunehmen.

Daraus ergeben sich folgende finanzielle Auswirkungen:

1. Variante I

Bei einem Kreditvolumen der Genossenschaften über 40 % des Nettowertes der Grundmittel und der Umlaufmittelbestände von rd. 1,5 Mrd DM sowie weiteren den Betrieben administrativ aufgezwungenen Krediten von etwa 1,7 Mrd DM wären insgesamt 3,2 Mrd DM aus Mitteln des Staatshaushaltes zu erlassen.

2. Variante II

- Mio DM -

	II. Halb- jahr 1990	pro Jahr ab 1991 für 4 1/2 Jahre
--	------------------------	-------------------------------------

a) bei über 40 % Kreditbelastung
(rd. 0,6 Mrd DM Umlaufmittel- und rd.
0,9 Mrd DM Grundmittelkredite)

- Zinsen für Umlaufmittelkredite (9 %)	34	68
- Tilgung Grundmittelkredite (jährlich 8 %)	35	70
- Zinsen Grundmittelkredit (9 %)	39	78

b) bei Grundmittelkrediten für Objekte, die
administrativ aufgezwungen wurden:

- Tilgung (jährlich 8 %)	69	136
- Zinsen (9 %)	76	153

insgesamt für Position a) und b) in den
Staatshaushalt aufzunehmen

252

505